



BETEILIGUNGSDIALOG

FORTSCHREIBUNG FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

Auswertungsbericht der Podiumsdiskussion und des
Online-Dialogs

Erstellt am:

17. Dezember 2021

Autor*innen

Katja Fitschen (Ansprechpartnerin)

fitschen@zebralog.de

Sebastian Graf

graf@zebralog.de

Valerie Niemann-Delius

Niemann-delius@zebralog.de

Lukas Torrent

torrent@zebralog.de

Inhalt

1	Kontext, Ziele und Beteiligungsmöglichkeiten.....	3
2	Inhaltliche Ergebnisse	3
2.1	Thema Wohnen	3
2.2	Thema Handel und Gewerbe.....	6
2.3	Thema Mobilität	9
2.4	Thema Umwelt, Klima und Naturschutz.....	13
2.5	Sonstige wichtige Themen.....	15
3	Fazit und Ausblick.....	20

1 Kontext, Ziele und Beteiligungsmöglichkeiten

Der Flächennutzungsplan von 1999 der Stadt Ludwigshafen wird nach 20 Jahren zahlreicher Teiländerungen nun überarbeitet und fortgeschrieben. Der Flächennutzungsplan ist das große und perspektivische Planungsinstrument der Stadtverwaltung: Hier werden die Rahmenbedingungen für künftiges Wohnen, Arbeiten, Bauen und Freizeit festgelegt.

Die Stadtverwaltung möchte den neuen Flächennutzungsplan im Dialog mit der Bürgerschaft entwickeln. Dazu startete sie am 27. September 2021 die frühzeitige und freiwillige Bürgerbeteiligung unter dem Motto „Die Entwicklung der Stadt begleiten“. Informiert und beteiligt wurde in der ersten Phase pandemiebedingt mit zwei digitalen Formaten auf der stadtweiten Beteiligungsplattform www.ludwigshafen-diskutiert.de.

Digitale Podiumsdiskussion (Livestream mit Chat)

Am 27. September um 18 Uhr wurden im Livestream Expert*innen aus verschiedenen Bereichen zur Fortschreibung des Flächennutzungsplans und seiner Funktion für die Zukunft Ludwigshafens diskutiert. Interessierte konnten über den Chat Fragen an die Expert*innen stellen, sich informieren und Hinweise geben, was ihnen zu den fünf Themen Wohnen, Handel und Gewerbe, Mobilität, Umwelt, Klima und Naturschutz für die Zukunft ihrer Stadt Ludwigshafen wichtig ist.

Online-Dialog (27.09. - 12.10.2021)

Mit der digitalen Podiumsdiskussion startete auch der zweiwöchige Online-Dialog. Vom 27. September bis 12. Oktober 2021 hatten die Bürger*innen auf www.ludwigshafen-diskutiert.de die Möglichkeit sich über die Fortschreibung des Flächennutzungsplans zu informieren und Anregungen zu den fünf Themen abzugeben, sowie Fragen zu stellen.

Alle eingegangenen Beiträge, Hinweise und Fragen aus der Podiumsdiskussion sowie des Online-Dialogs werden in dem vorliegenden Bericht zusammengefasst. Diese Inhalte dienen als Grundlage für die Verwaltung und das Planungsbüro zur weiteren Bearbeitung. Im Laufe des Prozesses wird es eine Rückmeldung geben, welche Hinweise in die weitere Planung und den Vorentwurf aufgenommen werden können.

2 Inhaltliche Ergebnisse

In der Podiumsdiskussion und im Online-Dialog wurde zu den fünf Zukunftsthemen Gestaltungsaufgaben im Flächennutzungsplan diskutiert. Im Folgenden werden nach einer kurzen Beschreibung der vorstrukturierten Zukunftsthemen die eingegangenen 273 Chatbeiträge der Podiumsdiskussion und 37 Beiträge des Online-Dialogs zusammenfassend dargestellt und die weitere Vorgehensweise dargelegt.

2.1 Thema Wohnen

Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis und eine der zentralen Funktionen der Stadt Ludwigshafen. Durch die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung (demografischer Wandel), aber auch durch klimatische Veränderungen entstehen künftig neue Bedürfnisse und Anforderungen an den Wohnungsbau. Da die Ludwigshafener Bevölkerung auch in Zukunft wächst, wird der Bedarf an neuem Wohnraum ebenfalls wachsen. Schon heute ist

das auf dem Immobilienmarkt deutlich zu spüren. Bezahlbares, innenstadtnahes Wohnen, Gemeinschafts- und Generationenwohnen, energieeffizientes und klimaangepasstes Wohnen, das typische Einfamilienhaus in Stadtrandlage, Innenentwicklung in Gärten oder der Bedarf an mehreren Wohnsitzen aufgrund der beruflichen oder familiären Situation – das Wohnen hat viele Gesichter und erfordert neue Konzepte.

Die Leitfrage zum Zukunftsthema Wohnen war: „Wie könnte im Flächennutzungsplan aus Ihrer Sicht auf diese Nachfrage sinnvoll reagiert werden?“

Kurzzusammenfassung der Chatbeiträge in der Podiumsdiskussion:

Im Chat der Podiumsdiskussion wurde zum Zukunftsthema Wohnen der Wohnraumbedarf im Spannungsfeld mit Flächenversiegelungen betrachtet. Lösungsansätze wie die Nutzung von Leerständen, die Innenentwicklung und die Stärkung des ländlichen Raums wurden diskutiert.

Zusammenfassung der Beiträge im Online-Dialog	Hinweis der Stadtverwaltung Ludwigshafen
<p>Teilnehmende sprechen sich gegen eine weitere Ausweisung städtischer Flächen zum Zwecke des Wohnungsbaus aus. In den Beiträgen wird hierbei die Sanierung des Ortskerns gegenüber der Erschließung neuer Wohnbaugebiete bevorzugt. Es wird auf Leerstände verwiesen und es wird der Wunsch nach mehr naturnaher Begrünung und Parkanlagen in der Stadt geäußert. Befürchtet wird in den Beiträgen, dass die Neuerschließung von Wohngebieten zu Lasten des Klimawandels gehe. Konkret kritisiert wird die Gefährdung durch Bodenversiegelung und mangelndem Hochwasserschutz, von Naturschutzgebieten, Grünanlagen und Frischluftschneisen. Bevor weiteres Ackerland dauerhaft versiegelt werde, solle unbedingt eine Bestandsaufnahme bereits vorhandener Freiflächen erfolgen.</p> <p>Weitere Anregungen erfolgten dahingehend, dass die Stadt überhaupt nicht mehr wachsen solle, da man ohnehin nicht in der Lage sei für die vorhandene Bevölkerung ausreichende soziale Infrastruktur bereitzustellen und</p>	<p>Thema wird aufgegriffen und im weiteren Verfahren vertieft behandelt</p>
<p>Als Alternative zur Neuausweisung wird auf die Möglichkeiten der innerstädtischen Nachverdichtung hingewiesen. Vorgeschlagen wird eine Skyline, die der Stadt, neben einem positiven Effekt auf das Stadtklima, einen modernen Anstrich verleihe. Die Schaffung innerstädtischen Wohnraums ginge dabei auch einher mit dem Wunsch der Bevölkerung, zentral in der Stadt zu wohnen, da somit eine kürzere Distanz</p>	<p>Thema wird aufgegriffen und im weiteren Verfahren vertieft behandelt</p>

<p>zu ihrem Arbeitsplatz und eine bessere Anbindung an den ÖPNV bestehe. Ein konkreter Vorschlag zur Bebauung bereits vorhandener Flächen wird im Bereich der neuen Stadtstraße, (künftige Helmut-Kohl-Allee), genannt. Diese ginge darüber hinaus einher mit einer maßvollen und zu bevorzugenden Entwicklung der einzelnen Stadtteile.</p>	
<p>Von den Teilnehmenden werden zudem Wünsche und Bedenken im Hinblick auf die soziale Architektur und sozio-strukturelle Bevölkerungsverteilung der Stadt geäußert. Die Teilnehmenden wünschen sich hierbei mehr Raum für Kinder, beispielsweise in Form von Spielplätzen und Angeboten der Kinderbetreuung und deren Unterhaltung. Speziell dafür geeignet wären nach Ansicht der Kommentierenden die Gegend um den Bürgerhof sowie die Rathausfläche. Bezogen auf neue, notwendige Kindertagesstätten werden dabei Oggersdorf und die Melm ausdrücklich genannt.</p>	<p>Spielraum- und Kindergartenbedarfe werden im weiteren Verfahren thematisiert werden. Ob sich hieraus Flächendarstellungen im Flächennutzungsplan ergeben, ist noch zu prüfen.</p>
<p>Daran anschließend wird darauf hingewiesen, dass Ludwigshafen mehr Sozialwohnungen für seine Bürger*innen bauen sollte. In der Stadt gäbe es viele Familien, die in zu kleinen Wohnungen leben müssten, was zu einer Benachteiligung der dort lebenden Kinder führe, welche weder genug Platz für sich, noch die Verrichtung schulischer Aufgaben hätten.</p>	<p>Im Rahmen des Flächennutzungsplans werden potenzielle Wohnbauflächen dargestellt. Konkrete Wohnformen sind Gegenstand der nachgelagerten Bebauungspläne.</p>
<p>Demgegenüber steht die Befürchtung des Ausverkaufs der neu ausgewiesenen Flächen und überbeurten Neubaugebiete an Investoren sowie zahlungsfähige und kaufkräftige Kund*innen.</p>	<p>Insgesamt sind die Kosten für die Baulandschaffung ebenso gestiegen wie die Baukosten. Einfluss auf die Vergabekonditionen von Baugrundstücken lässt sich vorrangig durch Grundbesitz erzielen. Hierfür ist eine entsprechende öffentliche Bodenvoratspolitik erforderlich.</p> <p>Das Thema wird im Flächennutzungsplan flankierend aufgegriffen, kann dort aber nicht bewältigt werden.</p>
<p>Im Rahmen des Zukunftsthemas Umwelt, Klima und Naturschutz wird im Hinblick auf Flächensparsamkeit die Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern angeregt, die ebenfalls dem Themenfeld Wohnen</p>	<p>Im Rahmen des Flächennutzungsplans werden potenzielle Wohnbauflächen dargestellt.</p>

<p>zuzuordnen sind. Daraus entstehende Vorteile seien die gesellschaftliche Inklusion älterer Bürger*innen, die gleichzeitig Aufgaben der Kinderbetreuung übernehmen könnten. Neben der Entlastung der Altenheime habe dies auch eine zeitliche und finanzielle Entlastung der Eltern zur Folge. Durch die Mehrfachnutzung eines Hauses bräuchten Familien dabei kein neues Haus und Eigenheim, was wiederum die Umwelt entlaste. Die zu fördernden intergenerationalen Wohngemeinschaften senkten demnach den Bedarf an individuellen und Dienstleistungsflächen. Notwendig seien dafür Arbeitsangebote am oder in der Nähe des Wohnortes, was in Planungen berücksichtigt werden müsse.</p>	<p>Konkrete Wohnformen sind Gegenstand der nachgelagerten Bebauungspläne</p>
<p>Die Stadt solle regulieren, dass junge Familien auch ältere Häuser kaufen können zum Modernisieren. Preissteigerung 30-50% in 10-15 Jahren.</p>	<p>Die Stadt kann keinen Einfluss auf die Preisgestaltung privater Eigentümer*innen nehmen. Indirekter Einfluss könnte lediglich über die Schaffung von Baulandangeboten genommen werden um dadurch eine Entspannung der Marktlage zu erzielen.</p>
<p>Die Stadt solle die vielen Betonflächen am Hauptbahnhof für Begrünung und Wohnbau nutzen, da dort ohnehin keine wichtigen Züge mehr hielten?</p>	<p>Das Bahngelände befindet sich in Betriebseigentum der DB AG und entzieht sich der städtischen Planungshoheit. Das weitere Umfeld wird in die Flächennutzungsplanung mit einbezogen und auf die Eignung für künftige Entwicklungen geprüft.</p>

2.2 Thema Handel und Gewerbe

Handel und Gewerbe sind nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Stadt Ludwigshafen, sondern sie leisten mit ihrer Versorgungsfunktion und als Begegnungsort einen wichtigen Beitrag zu einer attraktiven, lebenswerten und lebendigen Innenstadt sowie Stadtteil- und Ortszentren. Der demografische Wandel, ein geändertes Konsumentenverhalten sowie technologische Neuerungen und Digitalisierung werden die Strukturen des Handels und Gewerbes künftig nachhaltig verändern. Die Herausforderung besteht darin, den Einzelhandel vor Ort zu stärken und gleichzeitig die räumlichen Strukturen für die sich ändernden Bedarfe zu schaffen. Es gilt außerdem, Gewerbeentwicklungen in Einklang mit dem Stadt- und Landschaftsbild, mit dem Natur- und Landschaftsschutz sowie mit einem ressourcenschonenden Umgang mit Grund und Boden zu bringen. Welche Flächen in Zukunft für die

gewerbliche Nutzung und den Einzelhandel zur Verfügung stehen sollen, wird im Flächennutzungsplan über Gebietsausweisungen (z.B. Gewerbeflächen, Sonderbauflächen) dargestellt. Zudem lassen sich zentrale Versorgungsbereiche für den Einzelhandel darstellen.

Die Leitfrage zum Zukunftsthema Handel und Gewerbe war: „Wie werden sich aus Ihrer Sicht der Einzelhandel und das Gewerbe in Ludwigshafen entwickeln und wie könnte mit dem Flächennutzungsplan ein positiver Einfluss darauf genommen werden?“

Kurzzusammenfassung der Chatbeiträge in der Podiumsdiskussion:

Zum Thema Handel und Gewerbe wurde die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts unter den Aspekten Wettbewerbsfähigkeit und Umweltbelange kommentiert. Bedarfe nach Handwerksbetrieben, attraktiven Gewerbeflächen und modernen Formen des Arbeitens wurden kommuniziert.

Zusammenfassung der Beiträge im Online-Dialog	Hinweis der Stadtverwaltung Ludwigshafen
<p>Ackerland solle laut eines Teilnehmenden nur für Firmen zur Verfügung gestellt werden, die im Zuge ihrer Ansiedlung zusätzliche Arbeitsplätze in Ludwigshafen schaffen würden. Für Gewerbe solle jedoch primär auf vorhandene Freiflächen zurückgegriffen werden.</p>	<p>Thema wird aufgegriffen und im weiteren Verfahren vertieft behandelt</p>
<p>Der Einzelhandel in den Stadtteilen müsse laut eines Beitrags gesichert werden. Besonders in den kleineren Stadtteilen sei die Grundversorgung der Bürger*innen ein großes Thema und speziell für die ältere Bevölkerung unerlässlich. Diese Grundversorgung müsse im Flächennutzungsplan unbedingt verankert werden. Dem entspricht auch ein weiterer Beitrag, wonach der Discounter ALDI ein größeres Grundstück für die zu kleine Filiale in der Mörschgewanne suche.</p> <p>Es würden große Brachflächen zwischen der Kreisstraße und der Shellstraße offenbar für die Industrie freigehalten und seien seit Jahren ungenutzt. Es wird der Wunsch geäußert, den Discounter weiter im gleichen Einzugsgebiet zu halten</p>	<p>Begleitend zum Flächennutzungsplanverfahren wird das Einzelhandelskonzept der Stadt fortgeschrieben. Das Thema wird aufgegriffen und im weiteren Verfahren vertieft behandelt soweit sich hieraus Flächenbezüge ergeben.</p>
<p>Im Hinblick auf die Zukunft der Arbeit setze sich nach Einschätzung eines Beitrags der bereits eingesetzte Trend des Remote-Working fort. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass die Bedeutung des Arbeitens aus</p>	<p>Im Rahmen des Flächennutzungsplans werden potenzielle Gewerbeflächen dargestellt. Konkrete Gewerbeformen sind Ge-</p>

<p>dem Homeoffice wichtiger werde, in dessen Folge die Bürogebäude ansässiger Firmen weniger ausgelastet seien und dadurch zu Co-Working Spaces umfunktio- niert werden könnten.</p>	<p>genstand der nachgelagerten Bebauungs- pläne bzw. unterliegen privaten Geschäfts- entscheidungen.</p>
<p>Um das Arbeiten von zuhause auszuglei- chen, benötigten die Arbeitnehmer*innen Begegnungsstätten, welche die abneh- menden sozialen Interaktionen des Büros ersetzen. Hierbei wird angemerkt, dass Kunst, Sportstätten und Kultur, mit dem Fo- kus auf Selbstverwirklichung, gestärkt wer- den müssten. Auch dem Handel wird im Rahmen dieser Entwicklung eine zentra- lere soziale Funktion zugeschrieben.</p>	<p>Das Thema Sport, Kultur und Freizeit wird im weiteren Verfahren aufgegriffen und es wird geprüft werden, inwieweit sich hieraus Flächenbezüge ableiten lassen.</p>
<p>Der wachsende Einfluss und Anteil des On- line-Shoppings werden als unaufhaltbare Entwicklung angesehen. Teilnehmende er- warten hierbei eine steigende Bedeutung auch hinsichtlich Bereiche täglicher Be- darfe. Als Konsequenz daraus würden sich automatisch freie Flächen ergeben, durch deren Umfunktionieren kein weiterer Flä- chenbedarf entstehen werde.</p>	<p>Die Möglichkeiten der Umwidmung von Flächen zu anderen Nutzungszwecken wird im Rahmen des weiteren Verfahrens untersucht. Dabei ist zu beachten, dass im Flächennutzungsplan nur zwischen groben Nutzungskategorien unterschieden wird (Wohnen, Gewerbe, Mischnutzung, Son- dernutzungen mit zugewiesener Zweckbe- stimmung)</p>
<p>Angemerkt wird auch, dass den Effekten asymmetrischer Kostenstruktur zwischen Fern- und lokalem Handel auf lokaler Ebene begegnet werden müsse. Bisher sei der Fernhandel an den lokalen Kosten der Infrastruktur nicht beteiligt. Durch die Ver- mietung ausgewiesener Ladezonen, von welchen aus die Verteilung der Produkte mit Hilfe von Carrier-Diensten CO2-neutral von statten ginge, könne der Fernhandel volumenabhängig, beispielsweise anhand der Anzahl der Sendungen, an ebenjenen Kosten beteiligt werden</p>	<p>Im Rahmen der Flächennutzungsplanung kann kein Einfluss auf Handels- und Kos- tenverteilungsstrukturen genommen wer- den.</p>
<p>In einem Beitrag wird eine städtische Initia- tive zur risikoarmen Gründung von Gewer- ben angeregt, welche einen günstigen Platz für Start-Ups schaffen könne. Hierin wird ausgeführt, dass die Leerstände der Ludwigsstraße als Teil einer autofreien "Start-up-Allee" dazu genutzt werden könn-</p>	<p>Aussagen über Verkehrsanordnungen und eine projektbezogene Wirtschaftsförderung sind nicht Gegenstand der Flächennut- zungsplanung. Den genannten Maßnah- men stünde bereits der aktuelle Flächen- nutzungsplan nicht entgegen.</p>

<p>ten, Kleinstunternehmer*innen mit Minimalpreisen und Förderung ansässig werden zu lassen. So könne die autofreie Ludwigstraße Teil eines Laufwegs bilden, der die dort ansässigen Start-Ups über einen Fußgängerüberweg auf Höhe der Kaiser-Wilhelm-Straße mit dem bereits ansässigen Gewerbe an der Rheingalerie verbinde. Dieser Teil der Stadt könne damit aufgewertet werden und gleichzeitig mögliche Arbeitsplätze schaffen. Erwähnt wird dabei auch, dass man dadurch möglicherweise auch in Mannheim ansässige Start-Ups abwerben könne, sofern diese über ein Geschäftsmodell mit funktionierendem Versand verfügten.</p> <p>Insgesamt wird bemängelt, dass es in Ludwigshafen keine modernen Arbeitsplätze oder Angebote für Freelancer gäbe.</p>	<p>Die Anregungen werden an die zuständigen Fachabteilungen weitergeleitet.</p>
--	---

2.3 Thema Mobilität

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung, Beschäftigung und Teilhabe des Einzelnen am gesellschaftlichen Leben. Gesellschaftliche Trends und Mobilitätsstile, wie etwa der gewünschte Umstieg vom privaten PKW auf das Fahrrad, zu Fuß oder den ÖPNV, beeinflussen die Verkehrsmittelnutzung – und in Folge den Bedarf an Mobilitätsangeboten und Infrastrukturen. Zusätzlich drängen im Zuge der Digitalisierung neue Formen individueller Mobilität in die Stadt. Um die Klimaschutzziele im Verkehr zu erreichen, sind die Reduzierung des klassischen Autoverkehrs sowie die Schaffung effizienter und attraktiver Alternativen elementar. Das Gesamtverkehrskonzept der Stadt versucht in regelmäßigen Fortschreibungen Antworten auf die Fragen der Zukunft zu finden und das Verwaltungshandeln daran auszurichten. Der Flächennutzungsplan bildet die örtlichen und überörtlichen Verkehrsflächen von Bundesautobahnen über Eisen- und Schienenbahnanlagen bis hin zu Fuß- und Radwegen in ihren Grundzügen ab und kann neue Verkehrsinfrastrukturen vorbereiten.

Die Leitfrage zum Zukunftsthema Mobilität war: „Wie könnte eine zukunftsorientierte und nachhaltige Mobilität für die Stadt Ludwigshafen im Rahmen der Flächennutzungsplanung gefördert werden?“

Kurzzusammenfassung der Chatbeiträge in der Podiumsdiskussion:

Die Mobilität wurde stark im Kontext von Immissionen in den Lebensraum Stadt und die Umwelt diskutiert. Thematisiert wurde der Umgang mit Pendler- und Durchgangsverkehr sowie die Rolle klimaneutraler Verkehrsmittel.

Zusammenfassung der Beiträge im Online-Dialog	Hinweis der Stadtverwaltung Ludwigshafen
<p>In den Beiträgen wird vielfach der Bedarf eines Ausbaus des ÖPNV unter Berücksichtigung stark frequentierter Achsen und Tageszeiten angemerkt. Dem Individualverkehr sei kein Vorrang einzuräumen. Vielmehr sei dieser zu verringern. Entsprechende Pendlerströmen soll entgegengewirkt werden.</p> <p>Angemerkt wird zum ÖPNV-Ausbau jedoch auch, dass die Umsetzung von Straßenbahnlinien zur besseren Anbindung des Umlandes nicht zu Lasten der Bürger*innen gehen dürfe, die an bereits jetzt schon stark frequentierten Straßen wohnen.</p>	<p>Zahlreiche Verkehrsentwicklungsaspekte werden in gesonderten Fachplanungen behandelt (Nahverkehrsplan, Masterplan Green City, Gesamtverkehrsentwicklungsplan).</p> <p>Die Anregungen werden an die Fachabteilung weitergegeben.</p> <p>Das Thema wird im weiteren Verfahren aufgegriffen, soweit sich daraus Flächenbezüge ergeben.</p>
<p>Eine belastbare Bedarfsplanung müsse auch neue Entwicklungen der Arbeitswelt berücksichtigen, die vermehrtes Arbeiten im Homeoffice beinhalte.</p>	<p>Zahlreiche Verkehrsentwicklungsaspekte werden in gesonderten Fachplanungen behandelt (Nahverkehrsplan, Masterplan Green City, Gesamtverkehrsentwicklungsplan).</p> <p>Die Anregungen werden an die Fachabteilung weitergegeben.</p> <p>Das Thema wird im weiteren Verfahren aufgegriffen, soweit sich daraus Flächenbezüge ergeben.</p>
<p>Als zentraler Punkt für die Akzeptanz geänderter Mobilitätskonzepte sei eine schnelle Verbindung zwischen Wohn- und Arbeitsort. Konkret gefordert werden Straßenbahnachsen im Westen der Stadt und von der Rohrlachstraße nach Mutterstadt und zur BASF, der Vorzug von Straßenbahnen gegenüber Bussen, eine Ausdehnung des Fahrplans und eine Steigerung der Taktung im Berufsverkehr, insbesondere der Straßenbahnlinie 7.</p>	<p>Zahlreiche Verkehrsentwicklungsaspekte werden in gesonderten Fachplanungen behandelt (Nahverkehrsplan, Masterplan Green City, Gesamtverkehrsentwicklungsplan).</p> <p>Die Anregungen werden an die Fachabteilung weitergegeben.</p> <p>Das Thema wird im weiteren Verfahren aufgegriffen, soweit sich daraus Flächenbezüge ergeben.</p>
<p>Bemängelt wird die Umstellung des regulären Linienbetriebs nach 21 Uhr auf ein Angebot mit Nachtbussen, da bestimmte Teile, wie beispielsweise die Bereiche Rheinufer Süd oder Parkinsel, nur noch schwer zu erreichen seien. Zwar gebe es</p>	<p>Zahlreiche Verkehrsentwicklungsaspekte werden in gesonderten Fachplanungen behandelt (Nahverkehrsplan, Masterplan Green City, Gesamtverkehrsentwicklungsplan).</p>

<p>mit dem Ruftaxi ein Alternativangebot, dieses müsse jedoch mit entsprechender Vorlaufzeit vorbestellt werden, was mit einem Verlust der Spontanität verbunden sei.</p>	<p>Die Ausgestaltung des ÖPNV-Taktes und linienbezogenen Angebotes ist nicht Gegenstand der Flächennutzungsplanung</p>
<p>Mehrfach wird bedauert, dass der Radverkehr darunter leide, dass der Innenstadtverkehr Ludwigshafens für das Auto ausgelegt sei. Der Trend gehe hin zu gesünderem und klimaschonenderem Leben, was auch die Bereitschaft auf das Auto zu verzichten und mit dem Fahrrad zu fahren beinhalte.</p>	<p>Zahlreiche Verkehrsentwicklungsaspekte werden in gesonderten Fachplanungen behandelt (Nahverkehrsplan, Masterplan Green City, Gesamtverkehrsentwicklungsplan).</p> <p>Die Anregungen werden an die Fachabteilung weitergegeben.</p> <p>Die konkrete Ausgestaltung des Verkehrsraumes ist nicht Gegenstand der Flächennutzungsplanung.</p>
<p>In verschiedenen Beiträgen wurde erwähnt, dass Fahrradwege oft ohne sinnvolle Fortführungen enden oder die Alternativen weite Umwege bedeuten würden.</p> <p>Teilnehmende wünschen sich hier mehr und sicherere Radwege, beispielsweise an der Langgartenstraße oder entlang der Wollstraße.</p> <p>Neben dem Mangel an Fahrradwegen, wird die fehlende Sicherheit für Radfahrende bemängelt. Kritisiert wird dabei die Streckenführung zwischen fahrendem Verkehr und parkenden Autos, wodurch Radfahrende durch überholende Autos und aussteigende Autofahrer*innen bedroht seien</p>	<p>Zahlreiche Verkehrsentwicklungsaspekte werden in gesonderten Fachplanungen behandelt (Nahverkehrsplan, Masterplan Green City, Gesamtverkehrsentwicklungsplan) hierzu zählt auch die Verbesserung der Radwegeinfrastruktur.</p> <p>Die Anregungen werden an die Fachabteilungen weitergegeben.</p> <p>Die konkrete Ausgestaltung des Verkehrsraumes ist nicht Gegenstand der Flächennutzungsplanung.</p>
<p>Bezüglich der Bürgermeister-Kutterer-Straße wurde der Wunsch geäußert, die Parkplätze kostenfrei für Anwohner*innen und Bewohner*innen Ludwigshafens zu öffnen, wodurch die gehwegnahen Parkplätze reduziert werden könnten.</p>	<p>Maßnahmen zur Verkehrsordnung sind nicht Gegenstand der Flächennutzungsplanung.</p> <p>Die Anregungen werden an die Fachabteilungen weitergegeben.</p>
<p>Des Weiteren wurde hier auch der Wunsch nach einer umfassenden Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h in der Innenstadt und Süd geäußert, mit dem Effekt sich hierdurch angenehmer mit E-Rollern</p>	<p>Maßnahmen zur Verkehrsordnung sind nicht Gegenstand der Flächennutzungsplanung.</p> <p>Die Anregungen werden an die Fachabteilungen weitergegeben.</p>

und Fahrrad durch die Stadt bewegen zu können.	
Im Zuge dessen wurde auch der Vorschlag geäußert die Ludwigsstraße autofrei zu gestalten, in der Hoffnung die Verkehrslage an der Kaiser-Wilhelm-Brücke zu entspannen und, eventuell durch Grünflächen, das Wohlbefinden der Einwohner*innen zu steigern.	Maßnahmen zur Verkehrsordnung sind nicht Gegenstand der Flächennutzungsplanung. Die Anregungen werden an die Fachabteilungen weitergegeben.
Daran schließt ein Beitrag an, der Straßenraum und Verkehrsführung in Ludwigshafen Süd kritisiert. Die Rheinallee führe hierbei als Hauptstraße und Regionalverkehrsträger durch das Gebiet, wodurch keinerlei Interaktion mit der Umgebung stattfindet. Dabei wird gefordert, sämtlichen motorisierten Verkehr aus der Stadt zu verdrängen, da sämtlicher ebenerdiger Innenstadtbereich Fußgänger*innen und Radfahrer*innen vorbehalten sein sollte. Die hierdurch freiwerdende Fläche solle als grüne Lunge beziehungsweise Freizeitorientiert werden.	Maßnahmen zur Verkehrsordnung sind nicht Gegenstand der Flächennutzungsplanung. Die Anregungen werden an die Fachabteilungen weitergegeben.
Auch die Hochstraße dürfe auf keinen Fall wieder über den Berliner Platz führen.	Die Hochstraßenplanung ist nicht Gegenstand der Flächennutzungsplanung
Für den Bereich der Bismarckstraße werden in einem Beitrag verschiedene Wünsche geäußert. So besteht der Wunsch nach mehr Straßenbeleuchtung, ein stringenteres Vorgehen gegen Autofahrer*innen, die die Straße zwecks Abkürzung nutzen, sowie die Einrichtung eines freien Lieferverkehrs, welcher nur zu bestimmten Wochentagen und Uhrzeiten erlaubt sein solle.	Maßnahmen zur Verkehrsordnung sind nicht Gegenstand der Flächennutzungsplanung. Die Anregungen werden an die Fachabteilungen weitergegeben.
Um die Fußgängerzone von E-Rollern und Fahrradfahrer*innen zu entlasten, wird hier das Einrichten eines Fahrradweges auf der Mittellinie der Bismarckstraße angeregt.	Maßnahmen zur Verkehrsordnung sind nicht Gegenstand der Flächennutzungsplanung. Die Anregungen werden an die Fachabteilungen weitergegeben.

2.4 Thema Umwelt, Klima und Naturschutz

Klima- und Umweltveränderungen werden künftig spürbarer. CO₂-Emissionen, aufgeheizte Innenstädte, Hochwasser am Rhein oder Starkregen können die Gesundheit, das Wohlbefinden und somit auch die Lebensqualität der Einwohner*innen Ludwigshafens beeinträchtigen. Daher sind der Erhalt und die Schaffung von innerstädtischen Grün- und Freiflächen bei gleichzeitig schonendem Umgang mit Grund und Boden eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft. Die Herausforderung besteht darin, innerstädtische Grün- und Freiräume zu erhalten, zu vernetzen und zu verbessern und gleichzeitig auf den wachsenden Siedlungsdruck zu reagieren. Zugleich sind die Ziele des Klimaschutzes voranzutreiben. Die Vernetzung auch kleiner Grünflächen wirkt sich positiv auf das Stadtklima aus und fördert zudem die Artenvielfalt innerhalb der Stadt.

Die Leitfrage zum Zukunftsthema Mobilität war: „Wie könnten im Flächennutzungsplan die Belange von Klima-, Umwelt- und Naturschutz bei der künftigen Flächenentwicklung der Stadt stärker berücksichtigt und das Stadtgebiet so entwickelt werden, dass auch die Naherholungsfunktion des Freiraums an Qualität gewinnt?“

Kurzzusammenfassung der Chatbeiträge in der Podiumsdiskussion:

Das Querschnittsthema Umwelt, Klima und Naturschutz fand in allen Themenblöcken Beachtung. Im Umgang mit Herausforderungen des Klimawandels wurde insbesondere die Bedeutung von unversiegelten Flächen, Naherholungsräumen und Luftschneisen angeführt.

Zusammenfassung der Beiträge im Online-Dialog	Hinweis der Stadtverwaltung Ludwigshafen
<p>Die Priorisierung des Klimaschutzes wird, vor dem Hintergrund von Erkenntnissen aus Wissenschaft und Politik sowie der Generationengerechtigkeit, in verschiedenen Beiträgen gefordert. Hingewiesen wird mehrfach auf das Spannungsfeld Flächenbedarf-Flächenschonung.</p> <p>Maßnahmen zur Klimanapassung müssten getroffen werden.</p> <p>Ein FNP der den heutigen Herausforderungen entspricht, dürfe keine weitere Bodenversiegelung beinhalten. Boden ist endlich. Innenentwicklung und Flächenrecycling sei der einzige Weg künftiger Entwicklung</p> <p>Zusätzliche Flächenversiegelungen könnten Überschwemmungen bei künftigen Starkregenereignissen begünstigen.</p>	<p>Schon für den alten FNP gab es eine Klimabegutachtung. In Anbetracht der stark gewachsenen Bedeutung der Thematik beabsichtigt die Stadt ein Klimaanpassungskonzept in Auftrag zu geben und dieses sowohl in die begleitende Landschaftsplanung, als auch in die Umweltprüfung zu möglichen Gebietsausweisungen zu integrieren.</p> <p>Das Thema wird im Rahmen der des weiteren Verfahrens aufgegriffen und vertieft.</p>

<p>Konkret wurde dafür plädiert keine weiteren Flächen in Oppau und Notwende/Oggersheim oder um Rheingönheim zu versiegeln</p>	
<p>Es wird angeregt in einem ersten Schritt ein durchgängiges Umweltkonzept zu erstellen, an dem sich ein Flächennutzungsplan orientieren sollte, um somit ein klimaneutrales Ludwigshafen zu erreichen.</p> <p>Die in Ludwigshafen bestehenden Grünflächen, die noch nicht Bau- oder Ackerland seien, müssten demnach geschützt und weiter ausgebaut werden.</p> <p>Konkret wird bemängelt, dass noch keine Umweltprüfung vom Verband Region Rhein-Neckar im Regionalplan für Flächenentwicklungen vorliegt. Nur darauf könne der Flächennutzungsplan der Stadt Ludwigshafen aufbauen.</p> <p>Tiere, Pflanzen und ökologische Vielfalt seien zu berücksichtigen. Im Bereich der Ackerflächen steht der Kiebitz unter Artenschutz. Die Flächen dienen der Biotopvernetzung. Regionale Grünzüge dürfen nicht angetastet werden.</p>	<p>Dies findet im Rahmen der begleitenden Landschaftsplanung statt. Seine Aufgabe ist es, orientiert an den Zielen und Grundsätzen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 1 und § 2 BNatSchG) die konkreten räumlichen und inhaltlichen Erfordernisse und die daraus abzuleitenden Maßnahmen darzustellen und somit einen Handlungsrahmen für die beabsichtigte Siedlungsentwicklung, die unbebaute Feldflur sowie die Wald- und Naturschutzflächen zu geben. Der Landschaftsplan der Stadt wird ebenfalls fortgeschrieben. Dieser wird in den Flächennutzungsplan integriert.</p> <p>Zugleich wird die Vereinbarkeit mit den übergeordneten Zielen der Regionalplanung sichergestellt.</p> <p>Das Thema wird im Rahmen der des weiteren Verfahrens aufgegriffen und vertieft.</p>
<p>Bezogen auf die Förderung von E-Autos und deren Anteil am Klimaschutz wurde in einem Kommentar die fehlende Ladeinfrastruktur innerhalb Ludwigshafens kritisiert. So gäbe es, trotz einer Vielzahl an Wohngebieten, nur zwei Ladestationen im Stadtbereich. Angeregt wird hierin in Zusammenarbeit mit der GAG eine Verbesserung der Situation herbeizuführen.</p> <p>Es gelte außerdem zu berücksichtigen, dass nicht "jeder so neureich" sei, um sich eine Immobilie auf der Parkinsel mit eigener E-Ladestation leisten zu können.</p>	<p>Die Ausstattung der Stadt mit Ladeinfrastruktur ist nicht Gegenstand der Flächennutzungsplanung.</p> <p>Teilweise ist dies Bestandteil neuer gesetzlicher Regelungen wie z.B. des Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG). Soweit es den öffentlichen Raum betrifft, steht der Flächennutzungsplan der zusätzlich Ausstattung nicht entgegen.</p>
<p>Nachgefragt wird zudem welche Auswirkungen die Luftheritzung durch Photovoltaikanlagen (weil schwarze Flächen) auf Agrarflächen haben könnte?</p>	<p>Gegenwärtig sind keine flächigen Solarparks im Außenbereich vorhanden oder geplant. Der Flächennutzungsplan wird hierzu Aussagen treffen.</p>

2.5 Sonstige wichtige Themen

In dieser Rubrik konnten die Teilnehmenden weitere wichtige Zukunftsthemen mit räumlichem Bezug nennen.

Zusammenfassung der Beiträge im Online-Dialog	Hinweis der Stadtverwaltung Ludwigshafen
<p>In einem Beitrag wird der Wunsch geäußert das Potenzial, das die Stadt durch ihre Lage am Rhein habe, zu nutzen. Die Stadt Mainz könne dabei als Vorbild dienen.</p> <p>Hierfür müsse die direkte Uferlage nutzbar gemacht werden und in diesem Raum die Nutzungsmöglichkeiten Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Einkaufen und Gastronomie kombinieren. Der Luitpoldhafen könne dabei als Publikumsmagnet fungieren. Dafür müsse ein Zugang zum Wasser geschaffen werden und das Umfeld mitsamt oben genannten Nutzungsmöglichkeiten aufgewertet werden. Im Zuge dessen müsse jeglicher motorisierte Verkehr vermieden werden.</p> <p>In einem weiteren Beitrag wird der Wunsch nach einem städtisch finanzierten Kiosk und regelmäßigen Kontrollen durch das Ordnungsamt an der Rheinpromenade geäußert, um das Rheinufer aufzuwerten. Als Negativbeispiele für Gestaltung und Nutzung des Rheinufers werden Ludwigshafen Süd sowie die Rheingalerie genannt.</p>	<p>Die Flächenentwicklung entlang des Rheins ist weitgehend abgeschlossen. Den aufgeführten Anregungen steht schon der aktuelle Flächennutzungsplan nicht entgegen.</p> <p>Die konkreten Anregungen zur Ausgestaltung der Rheinufernutzung werden an die Fachabteilungen weitergeben.</p>
<p>Ein*e Teilnehmende*r kritisiert den Flächennutzungsplan dahingehend, dass dieser Flächen für Bildung, eines der wichtigsten Zukunftsthemen, außer Acht lasse. Darunter fielen Kitas, Schulen sowie ein Campus für die Hochschule. Diese Flächen müssten, auch wenn sie nicht in den aktuellen Flächennutzungsplan integriert werden könnten, durch verbindliche Erklärungen in zukünftige Planungen einbezogen werden. Als gutes Beispiel wird die neue Peschsiedlung genannt.</p>	<p>Das Thema wird im Rahmen der des weiteren Verfahrens aufgegriffen und vertieft.</p>
<p>Welche Flächen in Ludwigshafen sind in dem Flächennutzungsplan eingebunden?</p>	<p>Der Flächennutzungsplan (vorbereitender Bauleitplan) ist ein Planungsinstrument</p>

	<p>der Stadt, mit dem die Art der Bodennutzung für das Stadtgebiet gesteuert werden soll. Diese muss im Einklang mit der übergeordneten Planungsebene der Regionalplanung stehen. Zugleich soll die Regionalplanung die Darstellungen im städtischen Flächennutzungsplan berücksichtigen. Eingebunden wird das gesamte Stadtgebiet.</p>
<p>Werden im Lauf des Verfahrens auch Leitlinien erarbeitet, wie die Stadt insgesamt mit den zur Verfügung stehenden Flächen umgehen will? Werden Ziele vereinbart, wo die Schwerpunkte sein sollen? Also zum Beispiel: Innenentwicklung versus neue Flächen für Wohnungen oder Bestandsschutz und Ausbau von Flächen rund um den Klimaschutz vor weiterer Versiegelung? ÖPNV-Trassen und Radwege vor Straßenbau?</p>	<p>Bei der Fortschreibung des Flächennutzungsplans werden die Leitlinien des Baugesetzbuches herangezogen (§ 1 Abs. 5 BauGB)</p> <p>Der FNP zielt daher unter anderem auf eine nachhaltige Stadtentwicklung, die Förderung von Klimaschutz und Klimaanpassung sowie eine flächensparende Stadtentwicklung durch eine Stärkung der Innenentwicklung ab. Weitere Leitlinien aus den verschiedenen bestehenden Fachkonzepten werden zudem integriert.</p> <p>Wie eine nachhaltige Entwicklung in den Themenfeldern Wohnen, Handel und Gewerbe, Mobilität, Umwelt, Klima und Naturschutz aussehen kann, wurde in den ersten Zügen bereits am 27. September 2021 im Rahmen des Bürgerdialogs diskutiert. Diese und viele weitere Diskussionsansätze werden aufgegriffen und ausgearbeitet.</p> <p>Weitere planerische Grundlagen sind beispielsweise auch die Bedarfsprognosen der verschiedenen Fachplanungen, die der FNP mit seinen Flächenausweisungen abdecken soll, oder der Landschaftsplan, der ökologische Qualitäten und Erfordernisse hinsichtlich der Natur und Landschaft herausarbeitet.</p> <p>Im Rahmen des Verfahrens haben sowohl die Bürgerschaft als auch die Träger öffentlicher Belange mehrfach die Möglichkeit, ihre Belange einzubringen. Der FNP hat dann die Aufgabe, die verschiedenen</p>

	Nutzungsansprüche an die Flächen untereinander und gegeneinander gerecht abzuwägen.
<p>Welche Institutionen beschließen die Einrichtung eines Naturerfahrungsraumes?</p> <p>Wird ein Naturerfahrungsraum im Rahmen des Landschaftsplanes definiert bzw. beschlossen?</p> <p>Wer ist antragsberechtigt für die Errichtung eines Naturerfahrungsraumes?</p> <p>Wie kann eine Bürgerinitiative Einfluss nehmen auf die Gestaltung eines Landschaftsplanes?</p> <p>Wie werden die Ortsbeiräte bei der Planung des FNP/Landschaftsplanes eingebunden?</p> <p>Welche Gremien bzw. welche Personen sind Ansprechpartner für die Mitwirkung einer Bürgerinitiative?</p>	<p>Die Entscheidung über die Einrichtung eines Naturerfahrungsraumes trifft der Stadtrat</p> <p>Im Rahmen der Landschaftsplanung werden im Wesentlichen nur Flächenkategorien des Flächennutzungsplans als Flächen dargestellt. Hier wahrscheinlich zunächst als allgemeine Grünfläche. Beschlossen wird dieser fachliche Vorschlag im Rahmen des Beschlusses des Flächennutzungsplanes.</p> <p>Der Landschaftsplan hat keine eigene Rechtskraft, ist aber in der Abwägung hinsichtlich der Ziele für die Naturgüter, Freizeit und Erholung und notwendiger Kompensationsmaßnahmen zu berücksichtigen.</p> <p>Der Landschaftsplan wird federführend vom Bereich Umwelt erarbeitet. In Rheinland-Pfalz ist sie eine Fachplanung, die erst durch die Integration in den Flächennutzungsplan eine Verbindlichkeit erhält. Zuständig hierfür ist die Untere Naturschutzbehörde.</p> <p>Je nach Lage und Art der Naturerfahrung kann jeder Antragsteller sein. Eigentumsverhältnisse, Naturschutzfragen und Art der Nutzung sind entscheidend für die baurechtliche oder naturschutzrechtliche Genehmigung.</p> <p>Zum Flächennutzungsplan: Im Rahmen des Verfahrens wird mehrfach die Möglichkeit zur Beteiligung abgeboten, so wie z.B. bei dem bereits erfolgten Bürgerdialog. Dabei hat sich die Stadtverwaltung bewusst für eine freiwillige und frühzeitige Bürgerbeteiligung entschieden. Zweimal erfolgt darüber hinaus eine förmliche Beteiligung. Bei diesen werden die Anregungen im Wortlaut aufgenommen und inhaltlich eingearbeitet oder konkret Stellung darauf bezogen. Diese beiden Beteiligungen sind flächenscharf mit einem</p>

	<p>konkreten Vorentwurf und Entwurf des Plans.</p> <p>Vor jeder förmlichen Bürgerbeteiligung wird der Ortsbeirat eingebunden. Darüber hinaus ist noch eine vorgelagerte informelle Beteiligung vorgesehen. Wie genau diese in pandemischer Lage erfolgen kann, steht noch nicht fest.</p> <p>Es werden alle sachbefassten politischen Gremien der Stadt mehrfach beteiligt. Ebenso der Naturschutzbeirat.</p> <p>Ansprechpartner für die Flächennutzungsplanung ist in der Verwaltung der Bereich Stadtplanung sowie noch das beauftragte Planungsbüro bhm Planungsgesellschaft mbH. Beide sind zu erreichen über die Mailadresse flaechennutzungsplan@ludwigshafen.de.</p>
<p>Beklagt wurde, dass der Naturschutzbeirat und die Bürgerinitiativen nicht zur Diskussion eingeladen waren.</p>	<p>Die Veranstaltung richtete sich an alle Bürger*innen und Rät*innen der Stadt Ludwigshafen aber auch an Interessensverbände und sonstige interessierte Akteure. Eine Teilnahme der Bürgerinitiativen im Rahmen der Chat-Funktion und des anschließenden Online-Dialoges war möglich und erwünscht. Teilweise wurde davon auch Gebrauch gemacht. Weitere Teilnahmeverfahren folgen.</p>
<p>Beklagt wurde, dass im Regionalplan die Baugebiete nicht gerecht auf die Metropolregion verteilt seien. Es seien deutlich zu viele Baugebiete für Ludwigshafen ausgewiesen.</p>	<p>Ludwigshafen kommt in der Region die Funktion eines Oberzentrums zu. Grundsätzlich ist es aus raumordnerischer Sicht sinnvoll Siedlungsentwicklung dort zu betreiben, wo gute Infrastrukturvorsetzungen vorhanden sind. In der Fortschreibung der Regionalplanung werden allerdings keine Baugebiete für die Stadt ausgewiesen, sondern lediglich Handlungsspielräume für kommunale Planungen geschaffen. Es ist Aufgabe der Flächennutzungsplanung zu prüfen ob, bzw. wo und in welchem Umfang diese Spielräume für neue Gebietsausweisungen genutzt werden sollen.</p>

<p>Gefragt wurde, wie eine kostspielige Änderungsplanung für einen neuen FNP zu begründen ist, wenn doch die Vergangenheit zeigt, dass Teiländerungen vollzogen werden (1,5 Änderungen pro Jahr FNP99), die von vorgesehenen Planungen abweichen.</p> <p>Es wird bezweifelt, dass die politischen Entscheidungsträger*innen heute bereits wissen wie sich die Zukunft entwickelt.</p>	<p>Die regelmäßige Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplans ist eine Pflichtaufgabe der Kommunen, die sich aus dem Baugesetzbuch ergibt. Der Flächennutzungsplan ist insoweit auf Dynamik angelegt. Zahlreiche Veränderungen lassen sich zum Zeitpunkt des Beschlusses nicht vorhersehen, wie z.B. die Thematik Rheinufer-Süd, oder Hochstraßen, oder der Flüchtlingszuzug. Der Flächennutzungsplan ist insofern auf Prognosen mit entsprechender Prognoseunsicherheit angewiesen.</p>
<p>Angefragt wurde, in welcher Form der FNP für Ludwigshafen mit seinen Nachbar-Gemeinden und deren FNPs abgestimmt wird, um z.B. überraschende Entwicklungen wie im Gewerbegebiet Am Römig zu vermeiden.</p>	<p>Die Abstimmung mit den Nachbargemeinden ist Pflichtbestandteil des Flächennutzungsplanverfahrens. Darüber hinaus trägt auch die übergeordnete Regionalplanung zur interkommunalen Abstimmung von Planungen bei.</p>

3 Fazit und Ausblick

Mit der Podiumsdiskussion, dem Chat und dem Online-Dialog ist lediglich die erste Stufe des Beteiligungsverfahrens zum Flächennutzungsplan abgeschlossen. Dieses Angebot wurde von etlichen Bürger*innen, Bürgerinitiativen und Interessensverbänden angenommen und genutzt. Angesichts der frühen Planungsphase und der abstrakten Planungsstufe ohne Flächenbezug ist dieser Rücklauf aus Sicht der Stadtverwaltung Ludwigshafen erfreulich. Die vorliegende Auswertung verdeutlicht transparent, wie mit den Anregungen im weiteren Verfahren umgegangen werden soll. Sie ergänzt damit die umfassende Dokumentation auf der städtischen Informations- und Beteiligungsplattform ludwigshafen.diskutiert.de und veranschaulicht die Vielschichtigkeit unterschiedlicher Raumnutzungsansprüche und möglicher Raumnutzungskonflikte. Zugleich verdeutlicht sie die Grenzen des Instrumentes Flächennutzungsplan.

Wer Interesse hat, an dem Planungsprozess teilzuhaben, bekommt auch nach Ablauf dieser ersten Beteiligungsphase über die im Internet eingestellten Informationen das Rüstzeug, um sich einzubringen. Damit sorgt die Stadtverwaltung von Beginn an für größtmögliche Verfahrenstransparenz und ein jederzeit zugängliches Planungsgedächtnis.

Die von der Verwaltung identifizierten Zukunftsthemen erweisen sich durch die Kommentierungen und Anregungen in der Beteiligung als zutreffend ausgewählt und bestätigt. Als weiteres wichtiges Zukunftsthema wurde in der Rückmeldung die Bildung genannt (Schule, Hochschule und Kita).

Deutlich wird noch einmal das große Spannungsfeld zukünftiger möglicher Bauflächenentwicklungen im Kontext der Klimaerwärmung. Hier muss die Planung ein besonderes Augenmerk auf die Bedarfsfrage einerseits und die möglichen Konsequenzen andererseits legen. Flächenpotentiale die im Rahmen des weiteren Verfahrens gesucht werden, müssen diesbezüglich einer plausiblen Eignungsbewertung unterzogen werden.

Der Bund stellt der Stadt Fördermittel für ein Klimaanpassungskonzept in Aussicht. Die Zulassung einen Förderantrag zu stellen wurde von 4-15 frühzeitig – im November 2020 - beantragt, allerdings erst mit großer Verzögerung im Oktober 2021 erteilt. Der konkretisierende Antrag wird bis Ende des Jahres eingereicht.

Die Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplans ließe sich zwar auch auf der Datenbasis des vorhandenen Gutachtens mit ergänzenden punktuellen Begutachtungen potenzieller Bauflächendarstellungen fortsetzen. Angesichts der in den Anregungen angemahnten zentralen Bedeutung der Klimathematik sollte aber in Erwägung gezogen werden, das Flächennutzungsplanverfahren mit den Ergebnissen dieses Konzeptes zu synchronisieren.

In den kommenden Monaten und Jahren wird es in mehreren Stufen weitergehen. Aus der Grundlagenermittlung sowie Aufnahme von Hinweisen aus dieser ersten Stufe der Bürgerbeteiligung wird in einem nächsten Schritt ein Vorentwurf erarbeitet.